

R. Hein

**Rede zur Regionalkonferenz  
Sachsen-Anhalt/Bremen/Niedersachsen**

Am 02. Februar 2007 in Magdeburg

*Es gilt das gesprochene Wort*

Manuskript

Linke Politik ist in der Bundesrepublik nötiger denn je. Das Fehlen einer starken linken Kraft in Deutschland hat mit dazu geführt, dass die marktliberalen Kräfte den Sozialabbau in nie gekanntem Ausmaße vorantreiben konnten. Die Sozialdemokratie hat diesen Prozess nicht nur geduldet, sie hat ihn mitbetrieben, ja die Instrumente erst erfunden. Sie heißen Agenda 2010, Hartz IV, Gesundheitsreform – der Bundestag soll sie heute beschließen - , Rente mit 67 und so fort.

Kaum einer der jahrzehntelang durch die Gewerkschaften und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erstrittenen sozialen Grundsätze blieb unangetastet. Das alles vollzog sich mit dem Argument notwendiger Reformen – wer wollte die Notwendigkeit von Reformen schon bestreiten – und mit dem Argument vorgeblicher Alternativlosigkeit. Eine Massenarbeitslosigkeit, wie sie die Bundesrepublik noch nicht gekannt hat, machte sich breit und statt breiter Sozialproteste entstand Politikverdrossenheit bei Wählerinnen und Wählern.

Wenn nun die Konjunkturprognosen der Wirtschaft nach oben gehen und monatlich von einer Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt geschwärmt wird, dann sind das Mogelpackungen. Langzeitarbeitslose haben nichts von den 70 %-Gewinnen der Deutschen Bank, obwohl sie persönlich schon mit viel weniger zufrieden wären. Die Arbeitsmarktdaten verschweigen, dass sie zu einem beträchtlichen Teil auf der Basis von Niedriglöhnen zustande kommen, Löhnen, von dem man den Lebensunterhalt nicht oder kaum bestreiten kann. Nun haben die Etablierten den Mindestlohn wenigstens als Manövriermasse entdeckt, nachdem man das selbst in der SPD noch vor den Wahlen als Blödsinn abgetan hat. Seit dem wabert die Idee vom Mindestlohn durch die Koalition. Gerade wabert sie sich breit. Grund genug, die gemeinsame Aktion von WASG und Linkspartei für einen gesetzlichen Mindestlohn beharrlich und mit neuen Ideen fortzuführen.

Endlich, im Sommer des Jahres 2004 begann eine starke Gegenbewegung, die Montagsdemonstrationen gegen die Zumutungen der sogenannten Hartz IV-Gesetze. Sie hielten vor allem im Osten Monate lang an und in einigen Städten gibt es sie bis heute. Im Osten haben sich WASG-Mitglieder maßgeblich an den Montagsdemos beteiligt, ja sie teilweise initiiert.

Die Regierenden haben sich allerdings aber davon nur wenig beeindruckt lassen. Im Westen haben sich viele sozial Engagierte aus Gewerkschaften und anderen sozialen Gruppen auch darum neu orientiert und sich zunächst zu einer Bewegung und dann zu einer Partei zusammengeschlossen, sind dort mancherorts zu einer beachtlichen Kraft geworden. Bei den Kommunalwahlen und bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen errang die WASG einen Achtungserfolg, der über alles hinaus ging, was seit Jahrzehnten links von SPD und Grünen an Stimmen erzielt werden konnte. Das war ein Anfang und das ist eine Chance neue linke Politik auch im Westen zu stärken.

Seit dem Frühjahr 2005 haben wir nun begonnen, an einer gemeinsamen neuen Linken zu arbeiten. Jetzt liegen die Gründungsdokumente vor, sie wurden in den Basisgruppen und Kreisverbänden heftig diskutiert und vielerorts ist man über das gegenseitige Beschnupern hinaus bereits zu einer engen Zusammenarbeit übergegangen. Ihr habt die Dokumente lesen können und die heutige Veranstaltung soll dazu beitragen, den Prozess des Zusammengehens in einer gemeinsamen Partei nach erfolgter Urabstimmung im Sommer zu besiegeln.

Nun soll aber keiner glauben, das sei einfach.

Der erfolgreiche Zusammenschluss der beiden Parteien ist auch noch lange kein Garant für eine dauerhafte starke Linke in ganz Deutschland. Es ist ja auch nicht der erste Versuch, zu einer solchen starken Linken zu kommen. Schon zu Beginn der 90er Jahre gab es solche und jeder hier im Saale weiß, wie schwer es für die Genossinnen und Genossen im Westen war, als PDS Fuß zu fassen. Ich war damals voller Zuversicht und hätte niemals gedacht, dass dieser Prozess so zäh vonstatten gehen sollte.

In der Debatte der letzten Monate habe ich aber fast alle Gegenargumente von damals wiedergefunden und darum versteht bitte, dass sich mein Optimismus heute nicht überschwänglich ist und ich mehr Nachdenkliches sagen werde. Vielmehr habe ich begriffen, dass es für eine Linke, die stark ist in Ost und West, immer noch erhebliche Hinderungsgründe gibt.

Wir wollen und wir können sie überwinden.

Immerhin, als wir aus der SED kommend 1990 im Osten die PDS gründeten, war auch noch lange nicht ausgemacht, ob es uns gelingen würde, gesellschaftliche Akzeptanz zu erringen.

Ich sage bewusst nicht „wieder“, weil ich der Überzeugung bin, dass die SED sie schon lange nicht mehr hatte.

Wenn es gelingen soll, eine neue Linke zu begründen, die eine Chance hat in gesellschaftliche Gestaltungsprozesse einzugreifen, dann muss es eine Linke sein, wie es sie in Deutschland noch nicht gab, nicht in Ost und nicht in West. Eine neue Linke, sozial, modern, zukunftsorientiert, internationalistisch, demokratisch und natürlich friedlich.

Da wird mir vielleicht jeder hier im Saal zustimmen. Der Vorrat an Gemeinsamkeiten ist auch gar nicht so gering und ausreichend, diesen Schritt zu wagen. Aber gerade in den Debatten um Programmatik und Statut ist deutlich geworden, dass die politischen und kulturellen Unterschiede größer sind, als manche und mancher von uns vielleicht ahnt. Das merkt man, wenn man von der Ebene der politischen Überschriften zu konkreten Gestaltungsansätzen, also zu Politik kommt.

Ich will das an einem kleinen Beispiel deutlich machen und mal ausnahmsweise nicht an der Sozialismusfrage, die auch mir wichtig ist: Es geht mir um die Frage nach dem Verhältnis von sozialer Gerechtigkeit und individueller Freiheit. Da ist der oft, aber oft auch nicht ganz richtig, zitierte Satz aus dem kommunistischen Manifest von einer Gesellschaft, „in der die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“. Gelegentlich wird dieser Satz zitiert mit dem Schluss „geworden ist“. Und da liegt der kleine aber feine Unterschied.

„Geworden ist“ kann eben heißen, bis dahin ist die freie Entwicklung eines Jeden eben nicht Bedingung für die freie Entwicklung aller oder – und ich verkürze hier – bis

dahin können Freiheitsrechte einzelner eben im Dienste der vermeintlich guten Sache eingeschränkt werden.

Diese Erfahrung aber, liebe Freundinnen und Freunde haben wir schon gemacht, dass die Einschränkung der Freiheitsrechte ein unzulässiger Schritt ist auf dem Weg zu einer gerechten Gesellschaft, dass sie auch hinderlich war für den erfolgreichen Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft. Wer sich darauf einlässt, landet unweigerlich bei autoritären Strukturen, eine Partei, die diesen Weg geht, wird vom Avantgardismus nicht lassen können und nicht lassen wollen.

An diesem Satz macht sich noch viel mehr fest. Zum Beispiel das Staatsverständnis der Linken, Fragen zum Wert zivilgesellschaftlicher Strukturen, Fragen wie man mit unterschiedlichen Interessen umgeht, und eben auch Fragen wie soziale Gerechtigkeit hergestellt werden kann. Diese Fragen bergen jede Menge politischen Sprengstoff für die Linke. Wir werden viel darüber zu reden und sicher auch zu streiten haben.

Das ist auch deshalb nötig:

Wenn wir nun gemeinsam eine neue Linke wollen, dann wird es nicht reichen – und das ist schon schwer genug – wenn es auf das Zusammenführen der Mitgliedschaft der Linkspartei auf der einen Seite und der WASG auf der anderen Seite hinausläuft. Eine neue Linke werden wir nur dann, wenn wir attraktiv für linkes Denken über die eigene bisherige Mitgliedschaft hinaus sind. Linke finden sich nicht nur in parteinahen Strukturen. Sie finden sich unter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, bei den Gewerkschaften und in Sozialverbänden – alles mögliche Mitstreiterinnen und Mitstreiter, auch wenn sie sich nicht offen zu linken Parteien und Gruppierungen bekannten und bekennen. Für die neue Linke ist es wichtig, dass sie auch für diejenigen als Ansprechpartner attraktiv wird, die sich bisher von linken Gruppierungen und Parteistrukturen tunlichst ferngehalten haben.

Das wird ein schweres Stück Arbeit, weil Vorurteile abzubauen sind, die sowohl aus den Zeiten des kalten Krieges stammen, die aber auch aus der Geschichte der Linken kommen. Ich denke nur an den Satz aus der Weimarer Republik, den vor wenigen Jahren ein sehr junger Genosse aus Sachsen-Anhalt kolportierte; „Wer hat uns verraten? Die Sozialdemokraten“.

Da stellt sich doch die Frage, was bedeutet es denn für die neue Linke, dass nicht wenige Mitglieder der neuen Partei ihre politische Vergangenheit über viele Jahre in der SPD hatten? Die Entscheidung für eine Partei ist doch nicht beliebig. Sie hat mit programmatischen Ansätzen zu tun und auch mit konkreter Politik.

Die SPD war aber und wird, auch wenn sie sich nun mit dem neuen Parteiprogramm wieder linken Positionen öffnet, eine andere sein als die sozialistische Linkspartei.

Was für eine Partei wird dann die neue?

Eine zweite Sozialdemokratie als Drohpotenzial für die erste wird nicht gebraucht. Aber eine neue Linke wird auch nicht überflüssig, wenn die SPD sich auf ihre Wurzeln besinnt. Gebraucht wird eine Linke, die in der Lage ist, weitergehende gesellschaftliche Alternativen zu entwickeln, Alternativen, die nicht in den Schranken dieser Gesellschaft verhaftet bleiben. Und gebraucht wird eine Partei, die das nicht nur affirmativ tut, sondern in gesellschaftliche Umgestaltungsprozesse in diesem Sinne eingreift.

Es ist also wichtig, voneinander, von den unterschiedlichen Auffassungen und Herangehensweisen, zu wissen, um sich respektieren zu können, um gemeinsam Neues zu entwickeln. Und mit dem Respektieren tun sich Linke nicht immer leicht. Darum will ich einige Überlegungen und Einsichten anbieten, warum das mit der Linken in Deutschland bislang so schwierig war.

In der jüngsten Vorlage zur Mitgliedergewinnung in der Linkspartei im Parteivorstand wird neben einem ermutigenden Trend auch festgestellt, warum einige gerade jetzt diese Partei verlassen. Dort steht, ich zitiere:

„Im neuen Programm-, und Statutentwurf fallen wir in alten westlinken Unfug zurück. In einer solchen Partei will ich nicht mehr sein.“

Ich will über den Wert westlinker Erfahrungen für eine emanzipatorische Linke in ganz Deutschland reden, und ich will über die Gründe reden, warum es nach wie vor bei vielen Linken vor allem im Westen Skepsis gegenüber der Linkspartei.PDS gibt. Sie hat ihre Ursachen sowohl in der Betrachtung und Bewertung der Geschichte der DDR und der SED als auch in der Haltung der unterschiedlichen linken Parteien und Diskussionszirkel im Westen untereinander. Ich will aber auch darüber reden, was in den vergangenen 17 Jahren in der neuen Partei im Osten an neuen Erfahrungen gewachsen ist.

Die Haltung zur DDR bewegt sich bei Linken aus dem Westen zwischen Akzeptanz und Bewunderung einerseits und Kritik am undemokratischem Agieren der Staats- und Parteioberen der DDR andererseits. Die Linkspartei.PDS wird von manchen in dieser Kontinuität gesehen und ihr wurde und wird in diesem Zusammenhang zu geringe Geschichtsaufarbeitung vorgeworfen.

Dazu kommt, dass viele, auch viele Linke im Westen vom Osten, insbesondere von der PDS im Osten, ebensoviel wissen wie – pardon - Herr Stoiber, nämlich nahezu nichts. Und so ist die Arbeit der PDS in den neuen Bundesländern seit 1990 in unterschiedlichen Verantwortungen bei vielen Westlinken nur oberflächlich oder überhaupt nicht bekannt. Sie wird mitunter auch beargwöhnt, vor allem, wenn es um Regierungsbeteiligungen geht, hat man doch die Entwicklung der Grünen im Westen vor Augen.

Ein zweiter Grund liegt in der Geschichte der linken Bewegung und ihrer zahlreichen Parteien im Westen selbst. Zahlreiche linke Parteien und Gruppierungen im Westen, die sich seit dem Verbot der KPD neu und umbildeten, haben heftigst miteinander über die einzig richtige Auffassung von der kapitalistischen Gesellschaft und, wie diese zu überwinden sei, gestritten und haben bis auf wenige kommunale Mandate keine Relevanz über parlamentarische Arbeit entwickeln können.

Und so kann es nicht verwundern, dass die parlamentarische Arbeit oftmals eher gering geschätzt wird und der eigentliche Aktionsraum im außerparlamentarischen Protest gesehen wurde. Sichten und Vorstellungen über Lösungsmechanismen für gesellschaftliche Probleme werden logischerweise stark davon geprägt.

Die Konsequenz dieser Entwicklung war aber auch, dass die Linke im Westen in der gesellschaftlichen Debatte über die eigenen Diskussionszirkel hinaus in der Regel marginalisiert wurde. Sie erreichte nur in konkreten außerparlamentarischen Aktionen vor Ort regionale und manchmal auch überregionale Aufmerksamkeit. Hier arbeiteten viele Linke mit großem persönlichen Engagement.

Noch eines kommt zum Verständnis für die Linkspartei.PDS in West und Ost hinzu. Die Mitglieder der PDS im Osten haben den Zusammenbruch der DDR auch als tiefen persönlichen Einschnitt erfahren:

Nahezu alle sicher geglaubten Wertvorstellungen und Überzeugungen wurden für sie plötzlich über den Haufen geworfen. Wofür sie Jahrzehnte gearbeitet hatten, war nicht mehr wahr. Sie hatten sich neu zu orientieren. Solche Erfahrungen wurden von Linken im Westen kaum, und wenn, dann nicht mit dieser auch persönlichen Konsequenz gemacht. Für die meisten ging die politische Arbeit weitgehend ungebrochen weiter. Für manche um eine Hoffnung ärmer, für andere aber in Bestätigung ihrer Skepsis, dass der Sozialismus in der DDR offensichtlich doch keiner gewesen sein kann.

Die Neufindung der PDS im Osten war auch eine der inhaltlichen Neuorientierung. Und da waren für uns die Begegnungen mit Linken aus den alten Bundesländern lehr- und hilfreich. Die Geschichte der Linken im Westen ist ja nicht nur eine von Uneinigkeiten und fehlender gesellschaftlicher Akzeptanz. In den 60er und 70er Jahren des 20. Jahrhunderts wurde im Westen, auch im europäischen Diskurs, gesellschaftspolitische Auffassungen entwickelt, von denen die PDS nach ihrer Gründung gezehrt hat. Fragen der Umweltpolitik, des Feminismus, zivilgesellschaftlicher Strukturen, gewerkschaftlicher Rechte und Fragen um den Wert individuellen Freiheitsrechte beispielsweise, wie sie im Westen über lange Jahre in einem regen Diskussionsprozess entwickelt wurden, und wie sie die linke Politik im Westen seit den 68ern wesentlich prägten, waren in dieser Dimension für die ehemaligen SED-Mitglieder, die sich auf den Weg der Erneuerung gemacht haben, erst einmal ein umfangreiches Lernfeld.

Wir hatten viel nachzuholen an linker Debatte. Wir hatten staatszentrierte und autoritäre Denkstrukturen aufzugeben und uns auf für uns sehr Neues einzulassen. Das war für manche und manchen gar nicht so einfach, haben solche Auffassungen doch das meiste umgeworfen, was wir mal für richtig hielten, und hat doch das meiste uns vor Augen geführt, das mancher Wert sich als Halbwert erwies.

Zu diesem Lernprozess kam die gnadenlose Entwertung von sozialen Errungenschaften hinzu, die nun zum Teil mühsam oder verschämt von der herrschenden Politik wieder entdeckt werden.

Manche und mancher hat, auch das will ich zugeben, diesen Lernprozess bis heute nicht geschafft, hat sich lieber zurückgezogen und begnügt sich bis heute mit der Ablehnung der kapitalistischen Gesellschaft an sich, zumal sich hier alles, was man über den Kapitalismus gelernt hatte, zu bestätigen scheint.

Diejenigen aber, die sich auf diesen beschwerlichen Weg gemacht haben, nach neuen linken Maßstäben zu suchen, mit denen man dieser kapitaldominierten Politik zu Leibe rücken kann, haben der PDS im Osten, der Linkspartei, zu Anerkennung verholfen. Das geschah teilweise auf der Straße mit geharnisstem Protest, von Anfang an aber genauso und sukzessive immer mehr in den Stadt- und Gemeinderäten, den Kreistagen, den Landtagsfraktionen, oder als BürgermeisterInnen. Andere Aufgaben kamen erst später hinzu.

Schnell wurde klar: Protest reicht nicht, man muss auch sagen, wie es anders gehen kann. Verweigern wird übel genommen, wenn man keine Alternativen zu bieten hat.

Außerdem folgen die meisten Entscheidungen vor Ort nicht der Logik der scheinbar ehernen Lehren, und mit Ideologie ist in der kommunalen Arbeit schon gar kein Blumentopf zu gewinnen.

Viele von uns mussten Entscheidungen treffen, die Folgen hatten, so oder so. Heraushalten und auf Grundsätze zurückziehen ging oft nicht. Sei es beim Haushalt, bei Vergabep Praxis oder bei freien Trägern. Dies war und ist immer unter dem Gesichtspunkt zu leisten, wie ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit erreichbar ist. Dieses Mehr ist manchmal verdammt klein und nur die Entscheidung zwischen zwei unzureichenden Alternativen.

Ich bin Stadträtin in Magdeburg. Zu Beginn dieses Jahres ist es uns wahrscheinlich gelungen das Damoklesschwert der Schließung von zwei Sekundarschulen abzuwenden. Prima werdet ihr sagen. Aber die Sache hat mehrere Haken: es sollten nämlich vier geschlossen werden, für zwei konnten wir uns durchsetzen. Für eine mindestens die Option offen halten. Auch das war noch ein Kompromiss. Darum bin ich froh, gestern der Schulleiterin der einen Schule begegnet zu sein, die erhalten werden kann, sie war überglücklich. Der Schulleiter und die Elternvertreter und natürlich die Schülerinnen und Schüler der anderen Schule werden das nicht so sehen. Außerdem habe ich in meinem Engagement tunlichst darauf verzichtet, die flächendeckende Einführung von Gesamtschulen zu fordern, obwohl das programmatisch geboten gewesen wäre. Dies hätte nämlich noch mehr Schulen die Existenz gekostet.

Diese Erfahrungen und die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, wo es möglich und nötig ist, die waren es, die der PDS im Osten jene Anerkennung gebracht haben, die sich dann auch in den Wahlergebnissen niederschlugen, selbst dann wenn man offen angekündigt hat in die Regierung gehen zu wollen, und das auch nach 8 Jahren Tolerierung wie hier in Sachsen-Anhalt.

Liebe Genossinnen und liebe Genossen,  
mit den unterschiedlichen Herangehensweisen, Einsichten aus Ost und West und auch mit den Vorurteilen werden wir es auch in der Zukunft noch eine ganze Weile zu tun haben. Wir müssen uns darauf einlassen, dürfen nicht aus Bequemlichkeit die Erfahrungen und die politische Sozialisation der anderen außer Acht lassen als ob sich das von selbst erledige. Wir haben voneinander zu lernen und vor allem gemeinsam. Das sage ich ausdrücklich in Richtung Ost und in Richtung West.

Die neue Linke kann zwei Fehlern unterliegen: der eine ist die Gefahr mangels Alternativen und mangels Mut zur eigenen Veränderung den Weg der Sozialdemokratie und der Grünen zu gehen und vor den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen genau genommen zu kapitulieren, der andere ist, aus der Angst der Vereinnahmung heraus und wegen der Pflege ideologischer Grundsätze sich aus der praktischen Politik zurück in die linke Nische der Gesellschaft zu verziehen. Beides ist möglich, beides macht eine neue Linke überflüssig.

Ich werbe dafür, beiden Fehlern nicht zu erliegen.

Dazu ist allerdings mehr nötig, als den Shareholdervalue-Kapitalismus in umfangreichen Darlegungen trefflich zu kritisieren, dazu ist Anderes nötig als die Kritik an der kapitalistischen Ausrichtung der Globalisierung mit der Stärkung des Nationalstaates zu beantworten. Gerade bei diesem beiden Problemen fällt mir auf, gleich wo ich in linker Literatur nachlese, dass die in der Überschrift noch

angekündigten Alternativen am Schluss langer Beiträge meist auf einen Satz, maximal einen Absatz zusammenschrumpfen.

Liebe Genossinnen und liebe Genossen, lasst mich an dieser Stelle zu einem Problem reden, bei dem sich unsere Ansichten ganz sicher nicht differieren. Es geht um den Kampf gegen den immer noch erstarkenden Rechtsextremismus in Deutschland. Wir sind uns einig, dass er nicht toleriert oder auch nur vernachlässigt werden darf. Es kommt aber auch darauf an, darauf zu achten, dass linke Politik immer und überall genau unterscheidbar, nicht vereinnahmbar ist.

Das scheint nur eine Selbstverständlichkeit. Wir haben das in den Jahren von 1998 und 2002 dramatisch erfahren müssen.

Die Rechten kommen seit einiger Zeit scheinbar sozial daher, sie besetzen die alten Werte, geben sich familienfreundlich, ja kapitalismuskritisch und sind sogar gegen die Teilnahme Deutschlands an Kriegen. Sie versuchen zum Beispiel Jahr für Jahr das Gedenken zum Beispiel an die Zerstörung Magdeburgs am Ende des zweiten Weltkrieges für ihre Belange zu nutzen.

Wir haben hier in der Stadt inzwischen Einigkeit, dass nur ein gemeinsames Vorgehen gegen das Erstarken der Rechten hilft. Auch in Sachsen-Anhalt werden wir uns in den bevorstehenden Kommunalwahlkämpfen mit ihnen offen auseinandersetzen müssen. Und wir werden das tun.

Die Auseinandersetzung mit rechtem Gedanken- ja „gut“ mag man dazu nicht sagen – bedarf aber auch der Überprüfung unseres eigenen Agierens. Manche unserer Plakattexte und auch manche Forderung von uns waren und sind in der Verkürzung benutzbar. Den rechten dumpfen Parolen kann man nicht mit linken Vereinfachungen begegnen, auch dann nicht, wenn Politik von der Zuspitzung lebt.

Unsere linke Politik muss sich nicht nur im Inhalt von dem braunen Mist unterscheiden sondern auch in der Form. Darüber sollten wir uns alle einig sein.

Für eine neue Ausrichtung linker Politik ist es nötig, von den oft noch nur volltönenden Überschriften zu konkreten Umsetzungsstrategien zu kommen. Auf diesen Weg hat sich die Linkspartei in den letzten Jahren gemacht und sie hatte auch den Mut, das ihr zugewachsene Vertrauen für praktische Politik zu nutzen.

- Da ist die Agenda sozial, ein neues Steuerkonzept, auch wenn das noch nicht geeignet ist, alle unsere Wünsche zu finanzieren,
- da sind Vorstellungen für eine grundlegende Bildungsreform, die zur Bildungsfinanzierung und zur Weiterbildung fehlen noch.
- Da sind Konzepte für eine moderne Energie- und Umweltpolitik und vieles mehr.
- Da ist inzwischen auch eine neue europäische Linke, die uns weiteres Nachdenken aufgeben wird.
- Und da sind erste zum Teil schmerzliche, zum Teil erfolgreiche Erfahrungen in Landesverantwortung in oder in der Nähe zu Landesregierungen.

Das Problem mit den Erfolgen dabei ist, dass man sie, die Erfolge, meist erst merkt, wenn sie wieder zur Disposition stehen.

Als Anfang des Jahres 1994 in Sachsen-Anhalt die Rede von einer möglichen Tolerierung aufgekommen ist, hatte keiner und keine von uns die Tragweite einer solchen Entscheidung im Blick, wohl, wenn er ehrlich ist, auch der Erfinder nicht. Und dann gab es das bis dahin Unvorstellbare. Und dann mussten wir ran. Wenn der Einfluss der abgewirtschafteten CDU auf die Landespolitik eingeschränkt werden sollte, mussten wir eine SPD-geführte Landesregierung tolerieren. Wir waren das

Zünglein an der Waage. Keine unserer Entscheidungen blieb mehr folgenlos. Raushalten ging ebenso wenig wie vorsichtshalber erst mal dagegen sein.

Diese Jahre waren ganz sicher Lehrjahre für die neue Partei und Lehrgeld haben wir reichlich gezahlt. Aber dieses Lehrgeld war gut angelegt, auch wenn nach acht Jahren Tolerierung die ordentliche Regierungsbeteiligung nicht folgte. Es hat auch die Oppositionsarbeit überzeugender gemacht.

Wenn ich so über die Möglichkeiten und Grenzen des Regierens unter zugegeben scheußlichen Rahmenbedingungen nachdenke, dann habe ich immer den Weg einer Genossin aus dem Westen vor Augen, die einige Jahre in Sachsen-Anhalt so eine Art politisches Asyl bekommen hatte. Sie ist eine leidenschaftliche Sozialpolitikerin, hat uns den Wert öffentlich geförderter Beschäftigung geduldig erläutert und warum und wie sie sich vom zweiten Arbeitsmarkt unterscheidet. Eine gute Lehrerin.

Und dann kam was kommen musste: Die Frage „Heidi, kommst du nach Berlin“. Heidi hatte, glaube ich, weiche Knie und zweifelte ein bisschen, ob sie das schaffe – immerhin sie wusste worauf sie sich einließ. Aber sie wusste, dass sie nun springen musste. Heidi Knake-Werner ist Sozialsenatorin in Berlin, nun in der zweiten Runde, und jetzt, nach Jahrzehnten beharrlicher Arbeit auf diesem Gebiet, gelingt es ihr zusammen mit ihren GenossInnen in Regierung und Fraktion vielleicht, ein Stück von dieser öffentlich geförderten Beschäftigung umzusetzen. Ihr habt die Pressemeldung der Berliner sicher zur Kenntnis genommen.

Das ist ja noch kein Durchbruch in der Arbeitsmarktpolitik, aber es ist ein Stück des Weges, um den auch anderswo gekämpft wird.

Dabei wie bei allen von uns erstrebten gesellschaftlichen Veränderungen brauchen wir Bündnispartner. Im Parlament und außerhalb. Was man aber überhaupt nicht brauchen kann sind die Knüppel die einem aus den eigenen Reihen zwischen die Beine geworfen werden. Ich will auf kenntnisgestützte Kritik nicht verzichten, aber dieser muss auch das gemeinsame Nachdenken folgen.

Ob die neue Linke etwas wird oder nicht wird also auch davon abhängen, ob es uns gelingt, solidarisch miteinander umzugehen. Das verlangt keine Lobhudelei, aber schon dass Erfolge nicht kleingeredet werden.

„Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, überlieferten Umständen.“ Auch an diesen Satz von Marx sollten wir gelegentlich erinnern, bevor wir vollmundig anderswo getroffene Entscheidungen kritisieren. Natürlich können die auch falsch sein und gehören kritisiert wie der Wohnungsausverkauf in Dresden. Aber bitte immer vorher genau hingucken.

Konkrete Politik kann eben nur aus der konkreten Situation heraus betrachtet werden. Das gilt für Lateinamerika wie für die Linke in Europa. Als Sozialsenatorin, oder als größte Fraktion im Stadtrat hat man da ebenso eine besondere Verantwortung wie es offensichtlich in mehreren Räten in Niedersachsen nach den erfolgreichen Kommunalwahlen nun sein wird. Das Zünglein an der Waage zu sein, ist eine anspruchsvolle Aufgabe und eine ziemliche Herausforderung.

Es gibt dabei keine Sicherheiten, keinen Handlauf, an dem man sich festhalten kann. Der Wunsch nach sogenannten Deadlines, nach inhaltlichen Vorgaben als

festgefügte Entscheidungshilfen, die immer und für alles gelten, wird im Konkreten ein frommer Wunsch bleiben.

Wir lernen beim Gehen. Voraussetzung für erfolgreiches Lernen ist die Bereitschaft, sich selbst auch in Frage zu stellen, ist die Bereitschaft, alles, wovon man überzeugt war und ist, kritisch zu hinterfragen, notfalls zu verändern. Eine Linke die sich nicht verändert, ist irgendwann nicht mehr links.

Für die neue Linke muss gelten: Raus aus der linken Nische und rein in die Gesellschaft, nicht um sie zu erdulden oder nur zu interpretieren und zu kritisieren, sondern um sie zu verändern.

Linke Politik ist sozial oder sie ist nicht links.

Linke Politik ist modern oder sie ist nicht links.

Linke Politik ist international oder sie ist nicht links. Das gilt nicht nur für die Fragen von Krieg und Frieden.

Lasst uns in diesem Sinne an einer gemeinsamen neuen Linken arbeiten. Dieses Land braucht Druck von links. Die Menschen in diesem Land brauchen Perspektiven, glaubhaft und alternativ zur herrschenden Politik von heute. Ja, wir wollen dieses Land verändern, aber eben in eine andere Richtung als es jetzt verändert wird.